

Europa sitzt den Kommunen schon mal quer

Abgeordneter Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer traf sich mit Frieslands Bürgermeistern

FRIESLAND/CH – Wenn die deutschen Städte und Gemeinden Einwände gegen neue europäische Verordnungen und Richtlinien haben, werden diese meist nicht einmal zur Kenntnis genommen. Jevers Bürgermeisterin Angela Dankwardt nutzte gestern den Besuch des Europaabgeordneten Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer beim CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Werner Kammer in Jever, um diese Klage loszuwerden. Und Mayer, der Frieslands Städte- und Gemeindeführer zum Gedankenaustausch eingeladen hatte, konnte ihr da nicht mal widersprechen.

Auch Dankwardts Amtskollegen aus Bockhorn, Zetel und Schortens waren der Einladung der Abgeordneten gefolgt und hatten einen ganzen Sack voller Fragen über das oftmals problematische Verhältnis zu Brüssel mitgebracht. So ärgerte sich Heiner Lauxtermann

(Zetel) über die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die in den Rathäusern einen gigantischen Papierkrieg auslöste, der in keinem Verhältnis zu den Forderungen der EU stehe und mit bestehenden Fristen gar nicht zu vereinbaren sei. Hier, so Prof. Mayer, sei Hans-Werner Kammer als Bundestagsabgeordneter gefragt, denn es seien deutsche Bestimmungen, die den EU-Vorgang aufbauschen. Kammer versichert: „Ich werde mich für eine Verlängerung der Fristen und eine Vereinfachung des Verfahrens einsetzen.“

Thema wurde auch die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH), die namentlich den Schortenser Bürgermeister Gerhard Böhlting vor dem Hintergrund der von der Bundeswehr geplanten Abholzungen in Upjever beschäftigte. Dort im FFH-Gebiet niste zwar nicht die Kolindommel, aber dafür der seltene Mittelspecht.

Mayer erklärte, über die deutsche Sicherungsrichtlinie, auf die sich die Bundeswehr berufe, habe die EU die FFH-Richtlinie gelegt. Aber die werde die Bundeswehr bei ihren Plänen kaum behindern, denn Unternehmen in FFH-Gebieten genössen Schutz, dürften sich sogar entwickeln und vergrößern.

Wenn sich andersherum Kommunen über die Meldung von Schutzgebieten beschwerten, liege oft der Fehler im Meldeverfahren. Jahrelang habe beispielsweise Deutschland kaum Schutzgebiete gemeldet oder es oberflächlich und ohne Hinweis auf geplante Infrastruktur- oder Industrieprojekte getan. Damit habe man Naturschutzverbänden das Feld überlassen, die dankbar eiliche Gebiete bei der EU gemeldet hätten. „Und nur mit viel Aufwand lassen sich diese Meldungen dann ändern“, so Hans-Peter Mayer.



Hans-Werner Kammer (MdB) und Europaabgeordneter Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer im Gespräch.

FOTO: HNZ